

# Spielberger Nachrichten

Nummer 30, November 2016. Zugestellt von Post.at

Gemeindezeitung der KPÖ



## SPÖ und ÖVP: Wohnbeihilfe radikal gekürzt

Mit 1. September haben SPÖ und ÖVP die Wohnbeihilfe in der Steiermark abgeschafft. Sie wurde durch die viel schlechtere „Wohnunterstützung“ ersetzt.

Die Wohnunterstützung wird nun nach einer komplizierten Formel berechnet. Fast alle BezieherInnen der bisherigen Wohnbeihilfe werden nun deutlich weniger Unterstützung erhalten. Die KPÖ hat mehr als 100 Fälle durchgerechnet. Nur zweimal gab es leichte Verbesserungen. Für alle anderen bedeutet die neue Wohnunterstützung eine Kürzung.

### „Härtefonds“

### für ein hartes Gesetz

Mit der neuen Wohnunterstützung wird das Leben für Menschen mit geringem Einkommen noch schwerer. Das wurde von PolitikerInnen von SPÖ und ÖVP beschlossen, die selbst ein sehr hohes Einkommen haben. Wenige Tage nachdem bekannt wurde, wie katastrophal die Einschnitte sind, wurde ein „Härtefonds“ angekündigt. Wer viel verliert, soll einen Teil des Verlustes ein Jahr lang ersetzt bekommen. Ein enormer zusätzlicher bürokratischer Aufwand, der die Verluste nur kurzfristig etwas abmildert. Milliarden wurden zur Rettung der Banken (z.B. Hypo Alpe Adria) und des Euros verpulvert. Das holt man sich nun bei den Ärmsten zurück.



Rund 1.000 Menschen haben am 12. Oktober in Graz gegen die Verschlechterungen demonstriert

### Einige Beispiele:

**Alleinerzieherin mit einem Kind:** Nettogehalt monatlich 820 Euro, Alimente von 250 Euro und Kinderbeihilfe 197,20 Euro. Bisher 169,83 Euro Wohnbeihilfe. Die Wohnunterstützung beträgt nun 18 Euro. Ein Verlust von 151,83(!) Euro.

**Mindestpensionistin, alleinstehend:** 837,76 Euro Pension, erhielt bisher 111,05 Euro Beihilfe. Nun erhält sie nur noch 43,10 Euro – verliert also monatlich 67,95 Euro.

**Ein Ehepaar mit drei Kindern** bezog bisher eine Wohnbeihilfe in der Höhe von 187,74 Euro. Künftig werden es nur noch 108,73 Euro sein.

### Die KPÖ will die Verschlechterung der Wohnbeihilfe nicht einfach hinnehmen

Wir fordern die Rücknahme der Verschlechterungen. Wir haben vor dem Landtag protestiert, eine Demonstration in Graz organisiert, waren in den Gemeinderäten, in denen wir vertreten sind, aktiv und haben eine Unterschriftensammlung für eine Petition an den Landtag begonnen.

Auch die Abschaffung des Regresses war ein langer und zäher Kampf. Leistbares Wohnen ist ein Menschenrecht. Die Steiermark braucht Wohnungen, die sich die Menschen leisten können. Solange es keine billigen Wohnungen gibt, braucht es eine ausreichende Wohnbeihilfe. Dafür wollen wir uns einsetzen. Aber das kann nur gelingen, wenn viele Menschen bereit sind ebenfalls aktiv zu werden.

Unter-  
schriftenliste  
auf der  
Rückseite

**Wie es mit dem Zuschuss zum Wohnen in den letzten Jahren bergab ging:**

Im Jahr 2006 bekam ein Mindestpensionist € 182,00 an Wohnbeihilfe. Im Jahr 2014 bekam ein Mindestpensionist € 92,30 an Wohnbeihilfe. Im Jahr 2015 wurden die Einkommensgrenzen, nachdem die KPÖ das Problem im Landtag wiederholt thematisiert hat, um 10 % angehoben. Das bedeutete: Im Jahr 2015 bekam ein Mindestpensionist € 116,09 an Wohnbeihilfe. Im Jahr 2016 bekommt er nur mehr € 43,10 an Wohnunterstützung.

**Antrag der KPÖ von SPÖ, ÖVP und FPÖ in den Sozialausschuss verwiesen**

**Der Gemeinderat der Stadt Spielberg möge folgendes beschließen:**  
Der Gemeinderat der Stadt Spielberg tritt auf dem Petitionswege an den Landtag und die zuständige Landesrätin heran und fordert: Rücknahme der „Wohnunterstützung“ und Rückkehr zur Wohnbeihilfe.

**Diesen** Dringlichkeitsantrag hat die KPÖ im Gemeinderat gestellt. Dem Antrag wurde von SPÖ, ÖVP und FPÖ die Dringlichkeit nicht zuerkannt. Er kam damit nicht auf die Tagesordnung. Der Bürgermeister erklärte, da sich die GemeinderätInnen noch nicht inhaltlich mit der neuen Wohnunterstützung auseinandergesetzt hätten, wäre es besser, den Antrag zur weiteren Behandlung dem Sozialausschuss zuzuweisen.

**Wir** hoffen auf eine baldige Behandlung im Ausschuss und darauf, dass unserem Antrag dann stattgegeben wird. Denn die Auswirkungen sind auch für viele Spielberger MieterInnen dramatisch und jede Stimme gegen diese Verschlechterung ist wichtig.

**Unabhängiger ORF?**

Oft sieht man in „Steiermark heute“ zu eher kleinen Themen ausführliche Berichte. Die Berichterstattung über die Demonstration gegen die Verschlechterung der Wohnbeihilfe, an der in Graz rund 1.000 Menschen teilgenommen haben, war dem ORF weder im Fernsehen noch im Internet eine einzige Silbe wert.

**Dass** SPÖ und ÖVP Interesse daran haben, die Verschlechterungen durch die Wohnunterstützung und den Protest dagegen unter der Decke zu halten ist klar. Dass aber der ORF dabei mitspielt ist traurig.

**Flatschach: Änderungen bei Straßennamen und Hausnummern erst nach Einbeziehung der Bevölkerung**

Ursprünglich hätte schon in der Gemeinderatssitzung im September eine Änderung von Straßennamen und Hausnummern im Ortsteil Flatschach beschlossen werden sollen.

**Im** Zuge der Gemeindefusionierung wurde der Ortsplan von Flatschach neu überarbeitet. Neue Straßennamen und Nummerierungen wurden vorgeschlagen. In der Gemeinderatssitzung wurde der Tagesordnungspunkt aber wieder abgesetzt, da man vor der Beschlussfassung noch die betroffene Bevölkerung einbeziehen will. Eine gute Entscheidung, denn die Einbindung der Betroffenen ist immer wichtig.

**Das** hat uns an die Umzäunung des Spielberger Hochbehälters erinnert. Durch diese Maßnahme ging eine Spielgelegenheit verloren. Es hätte auch andere Arten der Absicherung gegeben. Wir haben vor Bau-

**Die Bezüge**

brutto, 14 mal im Jahr

Landeshauptmann:	16.501,50
Landeshauptmann Stellvertreter:	15.633,00
LandesrätInnen:	14.764,50
Erster Landtagspräsident:	11.724,75
Landtagspräsident StellvertreterInnen:	7.382,25
Klubobleute:	10.856,25
Landtagsabgeordnete:	5.645,25

Für die meisten Landtagsabgeordneten ist dieser Bezug ein Zusatzeinkommen neben ihrer beruflichen Tätigkeit.

**PolitikerInnen mit so hohem Einkommen haben diese Verschlechterungen beschlossen.**

Die Abgeordneten der KPÖ (Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler 10.856,25 Euro, Werner Murgg, 5.645,25 Euro) haben kein zusätzliches Einkommen. Für KPÖ-PolitikerInnen gilt eine Einkommensgrenze von 2.300 Euro, alles darüber hinaus wird in den KPÖ-Sozialfonds eingezahlt.

**„Wohnen leistbar machen“**, das war das Versprechen von ÖVP und SPÖ vor den Wahlen. Nun haben SPÖ und ÖVP unter Federführung der zuständigen SPÖ-Landesrätin Doris Kampus die Wohnbeihilfe enorm gekürzt. Es ist tragisch, wie sehr doch Worte und Taten auseinanderklaffen.



**Durch die Einzäunung ging eine Spielgelegenheit verloren. Wir hätten uns auch hier eine Einbeziehung der Betroffenen gewünscht.**

beginnt die Einbeziehung der AnrainerInnen eingefordert. Das ist damals leider nicht passiert, der Zaun wurde einfach aufgestellt.

## Lärm: Leider ein Dauerthema

Leider ist die Belastung durch Lärm in unserer Gemeinde besonders hoch. An vielen Tagen im Jahr ist es sehr laut. Es leiden nicht nur die SpielbergerInnen, das ganze Aichfeld ist betroffen.

**Wir** haben das Thema Lärm schon oft in den Gemeinderat gebracht. In der letzten Gemeinderatssitzung haben wir einen Medienkommentar und einen Leserbrief über die unerträgliche Belastungen rund um die Veranstaltungen am Red-Bull-Ring am Wochenende des 23. Oktober als Anlass genommen um wieder nachzuhaken.

**Auch** bei uns haben sich viele beklagt. Wir haben den Bürgermeister gefragt, ob Maßnahmen geplant sind, um solche Belastungen in Zukunft zu verhindern, und wenn ja welche.

**Zuerst** meinte der Bürgermeister nur, die Lärmbelastung sei ohnehin im Rahmen der Gesetze und der Umweltverträglichkeitsprüfung geregelt. Erst als wir darauf hinwiesen, dass es auch im Interesse von Red Bull sein muss, ein gutes Einvernehmen mit den BewohnerInnen des Aichfeldes zu haben, meinte der Bürgermeister man werde das Gespräch suchen. Von den anderen Fraktionen meldet sich niemand zum Thema Lärmbelastung zu Wort.

**Leider** haben wir oft den Eindruck, die Bedürfnisse der Bevölkerung nach Ruhe und Erholung zählen nicht wirklich. Eine Lärmreduzierung wird beim Bundesheer nur schaumgebremst eingefordert. Mit Red Bull will man sich noch viel weniger anlegen.

**Lärm** ist eine arge Belastung und eine Gefahr für die Gesundheit. Die Bevölkerung muss geschützt werden. Eine Lärmreduzierung durch technische Maßnahmen und, wenn das nicht greift, durch weniger Veranstaltungen muss zum Thema gemacht werden.

## Spielberger Nachrichten

### In eigener Sache

Der Druck und das Porto unserer Zeitung kosten viel Geld. Wenn Sie der Meinung sind, durch unsere Zeitung gut informiert zu werden, ersuchen wir Sie um eine Spende.

Unsere Bankverbindung:  
Steiermärkische Sparkasse,  
IBAN: AT052081526000000617

Liebe Spielbergerinnen  
und Spielberger!

## Das Aichfeld ist oft eine Lärmhölle

**Wie** laut wird der Sommer? Diese Frage haben wir in unserer letzten Zeitung gestellt. Airpower, Abfangjäger, Autobahn, ÖBB, Air Race, Red-Bull-Ring - Lärmquellen gibt es in unserer Region leider genug. Inzwischen wissen wir, es geht nicht nur um den Sommer, der Lärm dauert bis in den Spätherbst.

**Teilweise** halten sich die Belastungen im Rahmen, aber an sehr vielen Tagen ist es einfach unerträglich. Dabei werden nicht nur die SpielbergerInnen belastet, je nach Art der Veranstaltung und Witterungsverhältnissen dringt der Lärm bis in die hintersten Winkel des Aichfeldes. Motorenlärm am Wanderweg und auf der Almhütte ist leider bei uns keine Seltenheit. Es werden auch jene zwangsbeglückt, die weder Motorsportfans sind, noch auf andere Weise vom Red-Bull-Ring profitieren.

**Dabei** sind es nicht immer die großen Veranstaltungen, wie Formel 1 oder DTM, sondern die zahlreichen kleinen Rennen, die viele Menschen zur Verzweiflung bringen. Ich höre viele Klagen, öffentlich trauen sich aber nur wenige das auszusprechen. Leider habe ich den Eindruck, dass die Politik die Lärmbelastung der Bevölkerung kritik- und tatenlos in Kauf nimmt.

**Wie** immer man zum Projekt Spielberg steht, die Forderung nach einer Lärmreduzierung ist kein Angriff auf das ganze Projekt. Die Forderung nach Lärmreduzierung ist die Anerkennung, dass der Wunsch der Menschen nach einem lebenswerten Umfeld legitim ist. Wer am Red-Bull-Ring seine Runden dreht, tut dies wahrscheinlich mit schallgedämmtem Helm. Wer zu uns zu einem Rennen kommt, fährt danach wieder nach Hause. Die BewohnerInnen des Aichfeldes müssen aber das ganze Jahr über mit dem Lärm leben.

**Es** gibt in der heutigen Zeit sicherlich auch technische Möglichkeiten (z.B. Schalldämpfer) um Abhilfe zu schaffen. Eine Verringerung der Anzahl der besonders lärmintensiven Veranstaltungen darf aber auch kein Tabu sein: Weil der Mensch zählt, wie es uns ja von Plakatwänden und in Werbeslogans immer wieder versichert und versprochen wird, meint ...

...Ihr KPÖ-Gemeinderat Erich Wilding  
E-Mail: erich.wilding@hotmail.com



## Leere Geschäfte



**Große Einkaufszentren verdrängen kleinere Standorte. Übrig bleiben leere Geschäftsflächen und eine schlechte Nahversorgung.**

In der vorletzten Gemeinderatssitzung hat der Bürgermeister über die Schließung der Bipa-Filiale berichtet. Die Schließung erfolgte ohne vorherige Ankündigung, Vorwarnung und ohne Information der dort beschäftigten MitarbeiterInnen. Die Schließung sei erfolgt, weil der Konzern nur mehr großflächige Standorte betreiben will.

Die Bemühungen um Ersatz seien nicht erfolgreich gewesen, da von DM und Merkur die Verkaufsfläche als zu klein bewertet wurde. Die Schaffung eines „Wohlfühladens“ über Team Styria im Rahmen eines Sozialprojektes hätte einen Subventionsbedarf von Seiten der Gemeinde erfordert.

**Gleichzeitig** wurde auch berichtet, dass nun die Forderung der Gemeinde erfüllt wurde und Spielberg den gleichen Nahversorgerstatus wie Zeltweg oder Fohnsdorf hat. Nun können Geschäfte mit einer Verkaufsfläche von 5.000 Quadratmeter errichtet werden.

**Leider** begünstigt die Politik in Bund und Land seit Jahren die Entstehung großer Einkaufszentren. Dort wo das Gesetz gebrochen wurde, (siehe Seiersberg) werden im nachhinein Schlupflöcher gefunden und der Wildwuchs rechtlich planiert. Den Wünschen der großen Handelsketten wird damit Rechnung getragen, auf der Strecke bleibt die Nahversorgung.

Die Einkaufszentren sind längst überdimensioniert. Sie verursachen gravierende Verkehrs- und Umweltprobleme und saugen Arbeitsplätze und Kaufkraft aus kleineren Orten und den Ortszentren ab, die dadurch unattraktiv werden und austorben. Nachdem die Menschen immer weniger im Geldbörsel haben, geht es nur mehr um einen beinhalten Verdrängungswettbewerb.

## Aus dem Gemeinderat

### Neue Radwege

**Für** die Gemeinden Fohnsdorf, Zeltweg, Spielberg und Kobenz wurde ein Radwegekonzept erarbeitet. Die Gesamtkosten zur Zeit des Vertragsabschlusses werden auf 3,6 Mio. Euro geschätzt. Die Finanzierung erfolgt zu je einem Drittel vom Land, den Gemeinden und dem Projekt Spielberg, wobei der Kostenanteil für das Projekt Spielberg mit 1,2 Mio. Euro gedeckelt ist.

In Spielberg sind drei Abschnitte vorgesehen: Im Bereich der Rattenbergerstraße auf einer Länge von 877 m und 1.119 m, sowie am „Erdbeerlandweg“. Die Kosten für die Gemeinde Spielberg werden auf 567.000 Euro geschätzt. Den Hauptanteil an den Spielberger Kosten bekommt die Gemeinde in Form von Bedarfszuweisungen vom Land, der Gemeinde bleiben Kosten von rund 240.000 Euro.

### Kreditaufnahmen

**Für** Vorhaben im Bereich der Wasserversorgung (Hochbehälter Flatschach, Wasserleitungsbau in Lind und Maßweg) wurde eine Kreditaufnahme in der Höhe von 665.000 Euro nötig. Für Straßenbauvorhaben (Ingeringbrücke) wurde eine Kreditaufnahme von 260.000 Euro beschlossen. Für die Umsetzung des Photovoltaikkonzeptes wurde eine Kreditsumme von 390.000 Euro benötigt. Bestbieterin war in allen Fällen die Steiermärkische Sparkasse. Die Laufzeit der Kredite beträgt 20 Jahre.

### Grundankauf für Rad- und Gehweg

**Zur** Errichtung und Verlängerung eines Rad- und Gehweges entlang der Pausendorferstraße kauft die Gemeinde von Herrn Ing. Günter Hafellner Grundstücke. Die Ablösebreite soll vier Meter betragen und auf einer Länge von 240 bis 250 Meter erfolgen. Als Kaufpreis wurden 12 Euro je Quadratmeter vereinbart.

## Zahlen zum Nachdenken

Die Bankenrettung hat den österreichischen Steuerzahler bisher rund 14 Mrd. Euro gekostet. Der Fiskalrat kommt auf 13,9 Mrd. Euro defizitwirksamen Ausgaben, schreibt die "Wiener Zeitung" unter Berufung auf Fiskalratschef Bernhard Felderer.



Der Gesamtumfang der von 2008 bis zum 1. Oktober 2012 genehmigten Beihilfen für den Finanzsektor betrug 5058,9 Milliarden Euro (40,3 % des EU-BIP). (Bericht der EU-Kommission (Herbstausgabe 2012) über staatliche Beihilfen der EU-Mitgliedstaaten.)

Das Gesamtvermögen der 100 reichsten Österreicher liegt bei rund 145 Milliarden Euro. Die Rangliste wird jährlich vom Wirtschaftsmagazin „trend“ erstellt.

## Red-Bull Lustbarkeitsabgabe: Vieles vertraulich und daher geheim

Die Lustbarkeitsabgabe, die Red Bull für Veranstaltungen am Ring bezahlt, beschäftigt den Gemeinderat schon seit längerem. Die Abwicklung der Zahlung mittels einer Pauschalabgabe ist nicht gesetzeskonform. Das hat eine schriftliche Anfrage der KPÖ-Landtagsabgeordneten Claudia Klimt-Weithaler und Werner Murgg im Jahr 2014 an den damaligen LH-Stellvertreter Hermann Schützenhöfer ergeben.

**Die** Gemeinde Spielberg hat daraufhin im Jahr 2015 ihre Lustbarkeitsabgabenordnung geändert. Der Steuersatz für Motorsportveranstaltungen wurde von 25 auf 5 Prozent des Entgeltes reduziert.

**Laut** Gesetz tritt die Fälligkeit der Lustbarkeitsabgabe zwei Wochen nach Beendigung der Veranstaltung ein. Die Lustbarkeitsabgabe ist eine Selbstberechnungsabgabe und ist spätestens am Fälligkeitstag unaufgefordert zu erklären und zu entrichten.

**Unsere** Nachfragen haben zu Jahresbeginn ergeben, dass die Verantwortlichen für die Veranstaltungen am Red-Bull-Ring im Jahr 2015 keine einzige Abgabenerklärung bezüglich der Lustbarkeitsabgabe eingebracht haben. KPÖ-GR Erich Wilding und die KPÖ-Landtagsabgeordneten haben daraufhin schriftliche Anfragen an das Land gestellt.

### Nach unrichtiger Berechnung erlässt die Gemeinde einen Bescheid

**Aus** der Beantwortung der Anfrage der KPÖ-Landtagsabgeordneten vom Juli 2016 geht hervor, dass für das Jahr 2015 eine Abgabenerklärung abgegeben wurde. Nachdem aber die Gemeinde in der Abgabenerklärung eine unrichtige Berechnung der Lustbarkeitsabgabe feststellte, wurde von der Gemeinde ein Feststellungsbescheid erlassen. Mit Bescheid des Bürgermeisters vom 15.4.2016 wurde dann die Lustbarkeitsabgabe für das Jahr 2015 festgesetzt. Für die Jahre 2014 und 2015 liegen vom Abgabepflichtigen Nachsichtsansuchen vor. (Abgabenschuldige können ein Nachsichtsansuchen stellen, wenn die Einhebung einer Abgabe oder deren Höhe nach Lage des Falls unbillig wäre).

**Die** Behandlung der Nachsichtsansuchen erfolgt im Stadtrat. Wir wollten Einzelheiten zur Bezahlung der Lustbarkeitsabgabe erfahren. Wir haben im Prüfungsausschuss und im Gemeinderat nachgefragt.



In der Sitzung im September erklärte der Bürgermeister, er müsse die Beantwortung auf die nächste Sitzung verschieben, da erst zu klären sei, welche Informationen als vertraulich zu behandeln sind.

**In** der Sitzung im November erklärte der Bürgermeister dann, Steuerangelgenheiten unterliegen der Vertraulichkeit, deshalb sei eine öffentliche Beantwortung nicht möglich. Im Rahmen des (vertraulichen) Prüfungsausschusses seinen Prüfungen jederzeit möglich. Außerdem wies der Bürgermeister darauf hin, dass in der Anfragebeantwortung stehe, dass aufgrund der vorliegenden Unterlagen und gesetzten Aktivitäten vorerst kein weiteres aufsichtsbehördliches Einschreiten geboten erscheint.

**Das** Land ist der Auffassung, dass die von der Gemeinde gesetzten Maßnahmen ausreichen. Nähere Informationen werden mit Hinweis auf die Vertraulichkeit nicht gegeben. Das müssen wir zur Kenntnis nehmen. Dennoch bleibt ein bitterer Nachgeschmack. Es bleibt der Eindruck, dass Land und Gemeindeverantwortliche alles tun, damit ein milliardenschwerer Getränkekonzern möglichst wenig Steuern bezahlt. Zuerst mittels einer ungesetzlichen Konstruktion, dann mittels Feststellungsbescheiden und Nachsichtsansuchen. Ob gegenüber „NormalbürgerInnen“ ebensoviel Nachsicht herrscht, darf bezweifelt werden.

**P.S.:** Ohne die Anfragebeantwortung auf die Fragen unserer Landtagsabgeordneten hätten wir nicht einmal die vorliegenden spärlichen Informationen. Ein weiterer Beweis, wie wichtig es ist, dass die KPÖ im Landtag vertreten ist.

**Zur Information:  
Der Termin der nächsten  
Gemeinderatssitzung:  
Mittwoch, 14.12.2016, 18.00 Uhr**

Gemeinderatssitzungen sind für  
Interessierte öffentlich zugänglich

**Impressum:** Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: KPÖ-Knittelfeld-Spielberg, Friedensstraße 10, 8720 Knittelfeld. F.d. Inhalt verantwortlich: Erich Wilding. Druck: Fa. Gutenberghaus, Knittelfeld.



gedruckt nach der Richtlinie „Druckerzeugnisse“  
des Österreichischen Umweltzeichens,  
UW-Nr.944, 8720 Knittelfeld

## Neue Projekte machen Nachtragsvoranschlag nötig

**Wenn es im Gemeindehaushalt wesentliche Veränderungen bei den Einnahmen und Ausgaben gibt, muss der Gemeinderat einen Nachtragsvoranschlag beschließen. Deshalb gab es Anfang November eine außerplanmäßige Gemeinderatssitzung.**

**Die** wesentlichsten Veränderungen beinhalten den Einbau einer Klimaanlage im Gemeindeamt und im Veranstaltungszentrum, die Errichtung von Photovoltaikanlagen, den Bau des Hochbehälters in Flatschach und Wasser- und Kanalisationsbauten.

**Die** KPÖ hat gegen den Nachtragsvoranschlag gestimmt. Nicht weil wir gegen die einzelnen Vorhaben sind, sondern weil mit diesem Nachtragsvoranschlag wieder einmal deutlich wird, dass die finanzielle Ausstattung der Gemeinden völlig ungenügend ist. Denn die meisten Vorhaben müssen zu einem Großteil durch Kredite finanziert werden, weil das nötige Geld in der Gemeindekasse fehlt.

**Der** neu ausgehandelte Finanzausgleich bringt nur ungenügend neue Mittel für die Gemeinden, die finanzielle Schlechterstellung der Steiermark gegenüber anderen Bundesländern wurde nicht beseitigt und eine Besteuerung von Vermögen und Gewinnen wurde nicht einmal angedacht.

**Wenn** man sich hingegen ansieht, wohin Milliarden fließen: Euro-Rettung, Bankenrettung, Hypo-Al-

pe Adria, für das Bundesheer sollen in den nächsten Jahren Milliarden bereitgestellt werden - dann kann man nicht einfach hinnehmen, dass die Gemeinde finanziell augehungert werden.

**Unser** Nein zum Nachtragsvoranschlag versteht sich als politischer Protest gegen die falsche Verteilung der Mittel und als Anreiz zum Nachdenken. Denn wenn es keinen Protest gibt und alles immer einstimmig beschlossen wird, wird damit auch der Eindruck erweckt, alles sei in Ordnung.

### 20.500 Euro für „Public Viewing“

**Es** gibt auch Beschlüsse der Spielberger Gemeindevertretung, die wir kritisch sehen. Aus dem Nachtragsvoranschlag geht hervor, dass für das „Public Viewing“ während der Fußball-EM 20.500 Euro aufgewendet wurden. Auf unsere Nachfrage wurde berichtet, dass dies im Stadtrat einstimmig beschlossen wurde. Finanzreferentin Michaela Jammerbund Tychi erklärte, dass das eine Belebung des Wirtschaftszentrums gewesen sei und rund 9.000 Euro in Form von Sponsorgeldern einnommen wurden. Die Summe erscheint uns dennoch hoch. Eine Förderung der Vereine, z.B. für Jugendarbeit, wäre uns sinnvoller erschienen. Unsere Nachfrage, warum die Rechtskosten von 2.000 auf 12.000 Euro gestiegen sind, wurde dahingehend beantwortet, dass die Gemeinde eine Rechtsberatung in Sachen Enzinger-Badeteich benötigt hat.

## Feindbild Mindestsicherung

**Die Mindestsicherung hat bei vielen Menschen einen schlechten Ruf. Die BezieherInnen werden oft als arbeitsscheue Personen diffamiert, die sich in einer „sozialen Hängematte“ ausruhen würden.**

**Die** Mindestsicherung ist eine Sozialleistung des Staates und soll die ärgste Armut abfangen. Die BezieherInnen müssen dem Arbeitsmarkt bis auf wenige Ausnahmen (Kinderbetreuungspflichten, Krankheit) zu Verfügung stehen. So ist die Mehrheit berufstätig. Ihr Einkommen ist aber so gering, dass sie eine Zuzahlung brauchen um einigermaßen über die Runden zu kommen. Die durchschnittliche staatliche Zuzahlung betrug 2015 monatlich 568 Euro, die Bezugsdauer lag bei durchschnittlich acht Monaten.

**In** Wahrheit ist die Mindestsicherung auch ein öffentlicher Zuschuss, der es Unternehmern erleichtert in einigen Bereichen wahre Schandlöhne zu bezahlen. Wenn es einen gesetzlichen Mindestlohn von monatlich 1.700 Euro brutto geben würde, gäbe es auch viel weniger Menschen die eine Mindestsicherung bräuchten. Nicht die Höhe der Mindestsicherung, sondern die niedrigen Löhne sind ein Skandal.

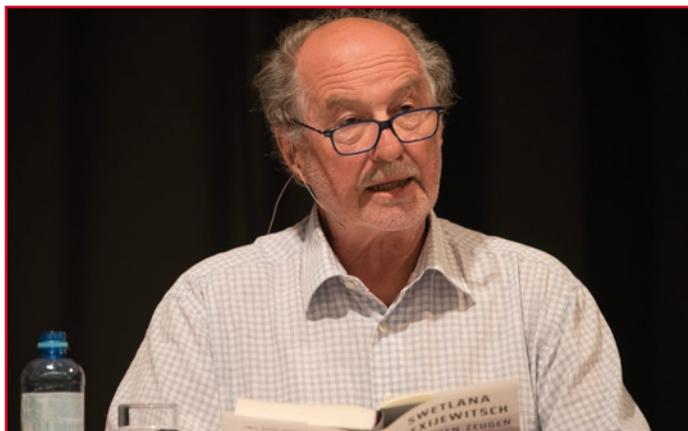
**Medien** und politische Parteien machen Stimmung. Wenn man den Unmut auf die Ärmsten der Gesellschaft lenken kann, bleibt unter der Decke, dass die Reichen immer reicher und die Konzerne immer mächtiger werden. Die Mindestsicherung wird auch

benutzt, um gegen AusländerInnen Stimmung zu machen. AsylwerberInnen haben keinen Anspruch auf Mindestsicherung. Erst wenn jemand asylberechtigt ist, entsteht der Anspruch.

**Jeder** Bezugsberechtigte mit der gleichen Einkommenssituation und Kinderanzahl bekommt den gleichen Betrag, AusländerInnen bekommen keinesfalls mehr als ÖsterreicherInnen. Asylberechtigte in zwei Bundesländern sogar weniger. Oft wird eingeworfen es sei ungerecht, dass jemand, der eben erst gekommen ist, den selben Anspruch hat.

**Jedes** Asylansuchen wird geprüft. Nur wer echte Asylgründe hat bekommt Asyl. Die Menschen sind vor Krieg und Verfolgung geflohen, sie haben sich dieses Schicksal nicht ausgesucht. Die USA und die EU haben durch ihre Interventionen viele Regionen ins Chaos gestürzt und sind Schuld an den Fluchtbewegungen. Wie sollen Menschen in einem Hochpreisland wie Österreich überleben, wenn sie keine Unterstützung bekommen?

**Die** Ausgaben für die Mindestsicherung sind ein Bruchteil dessen, was uns Bankenrettung (Hypo-Alpe-Adria) oder Euro-Rettung kosten. Unser Sozialsystem ist nur deshalb immer schwieriger zu finanzieren, weil Gewinne und Vermögen kaum besteuert werden und diese Einnahmen in der Staatskasse fehlen.



Wie bei jeder Airpower gab es von Grünen und KPÖ eine Gegenveranstaltung – um Gelegenheit zu Protest und Kritik zu geben. In einem berührenden Vortrag las Peter Uray aus dem Buch „Die letzten Zeugen“.

Die Literaturnobelpreisträgerin Swetlana Alexijewitsch hat die Erlebnisse sowjetischer Kinder im Zweiten Weltkrieg in aufwühlenden Erzählungen festgehalten. Sie geben den Hauch einer Ahnung, was Krieg, Bomben, Vertreibung und Flucht bedeuten – damals und heute. Und es wurde völlig klar: Wir brauchen eine „Peacehour“ statt der Airpower.

Viele der Flugzeuge, die bei der Airpower gezeigt wurden, sind Kampfflugzeuge, also hochtechnologi-

sche Waffen. Zum Beispiel wurde erstmals der französische Kampfbomber „Rafale“ gezeigt, der in Afghanistan, Libyen, dem Irak und Syrien in Einsatz war. Kampfflugzeuge töten Menschen, zerstören Krankenhäuser, Schulen oder Wohnhäuser - und konnten dann bei uns als „Unterhaltungsevent“ bejubelt werden. Das ist unerträglich.

2015 sind die Rüstungsausgaben weltweit wieder gestiegen, auf unvorstellbare 1,5 Billionen Euro. Die Airpower ist auch eine Werbeveranstaltung für die Rüstungsindustrie. Es wäre gerade in Zeiten wie diesen besser, darüber nachzudenken, wie wir unsere Gesellschaft friedlicher gestalten, anstatt Veranstaltungen wie die Airpower durchzuführen.

### Die Kosten der Airpower

Der Rechnungshof hat vor kurzem einen vernichtenden Bericht über die Airpower 2011 und 2009 veröffentlicht. Darin sind auch die Kosten dieser Veranstaltung ersichtlich. Millionen an Steuergeldern stehen nur geringe Einnahmen gegenüber

	Kosten, gerundet		
	2009	2011	2013
<b>Kosten:</b>	11,03 Mio.	10,53 Mio	11,68 Mio
<b>Einnahmen:</b>			
Sponsorgeld von Red Bull	0,9 Mio.	0,9 Mio	0,9 Mio
Steuergeld von Land Steiermark	0,8 Mio.	0,8 Mio.	0,8 Mio.
Ertrag aus Gastronomie, Standgebühr...	1,28 Mio.	1,42 Mio.	1,31 Mio.



# MITMACHEN!



Ändere die Welt - Sie braucht es

## Wofür steht die KPÖ?

Nichts muss so bleiben wie es ist. Damit der Kapitalismus uns und die Erde nicht an die Wand fährt, brauchen wir grundsätzliche Veränderungen. Menschenwürde, Frieden, Völkerverständigung, Freiheit, Gleichheit und Solidarität dürfen kein unerfüllbarer Traum sein. Dafür kämpfen wir. Widerstand gegen das kapitalistische System ist dringend geboten

### Elke Kahr:

*Mieten und Betriebskosten, Öffentlicher Verkehr, der tägliche Einkauf, Strom, Heizung... Alles wird immer teurer. Die Lohnabschlüsse und Pensionserhöhungen bleiben hingegen hinter der Inflation zurück. Nur die KPÖ macht konkrete Vorschläge, wie diese Teuerungswalze aufzuhalten ist.*

### Ernest Kaltenegger:

*Zu einem würdigen Leben gehört ein gesicherter Arbeitsplatz. Jeder Mensch muss die Möglichkeit bekommen, sich seinen Fähigkeiten entsprechend zu entwickeln und von seiner Arbeit menschenwürdig leben zu können.*

## Mitmachen!

Noch nie wurde so viel Reichtum geschaffen wie heute. Trotzdem ist der Großteil der Bevölkerung von sinkender Kaufkraft und steigenden Preisen betroffen. Die Armut nimmt zu, aber auch der Reichtum einiger weniger. Das muss nicht so sein. In einer Gesellschaft muss das Wohl aller und nicht der Profit im Mittelpunkt stehen. **Dafür treten wir ein, und mit DIR sind wir stärker!**



Sie wollen mitmachen? Wir freuen uns auf Sie!

Kontakt: KPÖ-Knittelfeld-Spielberg, Friedensstraße 10, 8720 Knittelfeld, Tel: 03512/8 22 40, E-Mail: kpoe.knittelfeld@aon.at

**Sprechstunde**  
**mit Sozialberatung**  
 KPÖ-STR. Renate Pacher  
 und DSA Karin Gruber  
**Dienstag, 13. Dezember 2016**  
 KPÖ-Parteiheim in Knittelfeld  
 Friedensstraße 10, 9.00 bis 11.30 Uhr  
 Voranmeldung: 03512/ 82240

Die KPÖ nimmt zu politischen Ereignissen Stellung und ist in vielen Fragen aktiv. Aber selten wird in den Medien darüber berichtet.  
 Unsere Internetadresse:  
[www.kpoe-steiermark.at](http://www.kpoe-steiermark.at)  
 E-Mail: [kpoe.knittelfeld@aon.at](mailto:kpoe.knittelfeld@aon.at)



Petition an den Landtag Steiermark

Wohnen darf nicht arm machen

# Hände weg von der Wohnbeihilfe

Mit 1. September haben SPÖ und ÖVP die Wohnbeihilfe in der Steiermark abgeschafft. Sie wurde durch die viel schlechtere „Wohnunterstützung“ ersetzt.

**Mit der neuen Regelung werden sich viele Leute ihre Wohnung nicht mehr leisten können: arbeitende Menschen, Familien, Studierende, Pensionistinnen und Pensionisten.**

Nun werden Familienbeihilfe und Unterhaltszahlungen als Einkommen gewertet. Das ist ein sozialpolitischer Tabubruch. Erstmals wird Geld, das für die Kinder gedacht ist, für die Berechnung der Unterstützung herangezogen. Neu ist auch, dass niemand eine Wohnunterstützung bekommt, dessen Vermögen den Betrag von 4.189 Euro überschreitet. Viele Menschen haben einen Notgroschen angelegt, wer gespart hat wird nun bestraft. Das sind nur einige der neuen Verschlechterungen.

2009 hat das Land Steiermark noch 73,4 Millionen Euro für die Wohnbeihilfe ausgegeben. 2014 waren es nur noch 46,3 Millionen. 2011 wurde der Zuschuss für die Betriebskosten halbiert. Die neue Wohnungssicherung ist ein weiteres brutales Kürzungspaket auf dem Rücken der Menschen, die ohnehin mit wenig Geld auskommen müssen.

Wohnen ist ein Menschenrecht. Die Steiermark braucht Wohnungen, die sich die Menschen leisten können. Solange es keine billigen Wohnungen gibt, braucht es eine ausreichende Wohnbeihilfe.

**Wir fordern:**

- **Rücknahme der „Wohnunterstützung“ und Rückkehr zur Wohnbeihilfe**
- **Keine Einberechnung der Familienbeihilfe ins Haushaltseinkommen**

Name	Adresse	Geburts-Datum	Datum der Unterstützung	Unterschrift

**Bitte einsenden an: KPÖ-Knittelfeld-Spielberg, Friedensstraße 10, 8720 Knittelfeld**  
**Wir schicken auch gerne Unterschriftenlisten zu, Tel: 03512/82240**